

Beschlüsse der 43. Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V.

- Aufnahme der Jungen Europäischen Föderalist*innen in Niedersachsen (JEF)
- Gute Jugend(verbands)arbeit braucht gute Rahmenbedingungen!
- Für Demokratie und gegen rechte Gewalt!
- Zusammen zu den Sternen – die europapolitischen Forderungen des Landesjugendrings Niedersachsen
- Nachhaltiger Landesjugendring: ökologisch – fair- jetzt
- Tariftreue ermöglichen, auskömmlich fördern!
- Schutz von Geflüchteten und Einhaltung der Menschenrechte an den EU-Außengrenzen

Beschluss der 43. ordentliche Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 07.03.2020

Aufnahme der Jungen Europäischen Föderalist*innen in Niedersachsen (JEF)

Die 43. Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. beschließt die Aufnahme der Jungen Europäischen Föderalist*innen in Niedersachsen (JEF) in den Arbeitskreis Niedersächsischer Jugendgemeinschaften beim Landesjugendring Niedersachsen e.V. gemäß § 4, Abs. 3 der Satzung des Landesjugendring Niedersachsen e.V.

Beschluss der 43. ordentliche Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 07.03.2020

Gute Jugend(verbands)arbeit braucht gute Rahmenbedingungen!

In den Mitgliedsverbänden des Landesjugendringes sind über 50.000 ehrenamtliche Mitarbeiter-innen engagiert. Trotz der vielschichtigen Bemühungen in den letzten Jahren, die Arbeit von Ehrenamtlichen insgesamt in Niedersachsen zu verbessern, gibt es nach wie vor große Hemmnisse, die ein Engagement erschweren oder teilweise unmöglich machen. Fehlende Ressourcen, betriebliche Freistellungsprobleme oder Bürokratie sind nur einige Beispiele. Hier besteht dringender Handlungsbedarf!

Die infrastrukturellen Voraussetzungen, innerhalb derer die Jugendarbeit stattfindet, bestimmen den Rahmen. Sie schaffen Freiräume oder engen – wenn nicht ausreichend Ressourcen zur Verfügung stehen – die Möglichkeiten ein.

Nach dem SGB VIII muss die Förderung die Selbstständigkeit und das je eigene Profil der freien Träger wahren. Entsprechend den Prinzipien der Selbstbestimmung und Selbstorganisation, wie sie für die Jugendarbeit unerlässlich sind, kann staatliche Jugendpolitik nicht über die „richtige Jugendarbeit“ entscheiden. Sie muss vielmehr die Bedingungen für ein plurales und differenziertes Angebot der Jugendarbeit schaffen.

Das Niedersächsische Jugendförderungsgesetz war und ist von der Förderphilosophie her ein modernes Gesetz: Es fördert und honoriert die Leistungen der Jugendverbände, indem die Basisförderung an die Maßnahmeförderung gekoppelt ist.

Der Landesjugendring Niedersachsen fordert, dass Anpassungen und Überarbeitungen in diesem Bereich nicht zu Lasten der Jugend(verbands)arbeit gehen und mit der Expertise aus den Jugendverbänden gestaltet werden.

Für eine zeitgemäße und zukunftsorientierte Förderung der Jugendverbandsarbeit fordert der Landesjugendring von der Niedersächsischen Landesregierung die Beachtung folgender Kriterien:

- Durch das Land werden die anerkannten überörtlichen freien Träger der Jugendarbeit gefördert. Von einer landesweiten Tätigkeit ist zukünftig auszugehen, wenn ein Träger in mindestens 25% der niedersächsischen Landkreise und kreisfreien Städte regelmäßig tätig ist.
- Der Aufbau von landesweiten Strukturen von neueren Jugendverbänden – beispielsweise der Selbstorganisationen von jungen Menschen mit (familiärer) Migrationsgeschichte – wird vom Land gezielt gefördert, wenn zu erwarten ist, dass mit dieser Unterstützung eine landesweite Tätigkeit zu erreichen ist.
- Jeder anerkannte landesweite Träger der Jugendarbeit hat einen Rechtsanspruch auf mindestens eine-n hauptamtliche-n Mitarbeiter-in, Fördermittel, einen Verwaltungskostenzuschuss (u.a. für die Unterhaltung einer Geschäftsstelle) sowie einen Sockelbetrag für Bildungsmaßnahmen.

- Einführung eines Rechtsanspruchs auf die Förderung der Bildungsmaßnahmen mindestens in der Höhe der jetzigen Tagessätze. Das Mindestalter der Teilnehmenden für die Zählung der Teilnahmetage wird auf 10 Jahre gesenkt; die bisherige Öffnungsklausel zur Förderung jüngerer Teilnehmender wird gestrichen.
- Auch digitale Bildungsveranstaltungen sind zuwendungsfähig und können auf die Teilnahmetage angerechnet werden.
- Fördersätze und Fördermittel werden dynamisiert und mindestens alle 5 Jahre an die Preisentwicklung angepasst.
- Die maximale Anzahl der durch das Land geförderten Bildungsreferent-innen pro Verband wird erhöht und die Stufenabstände reduziert. Bei Dachverbänden hat jeder landesweit tätige Mitgliedsverband eines Dachverbandes den Rechtsanspruch auf eine-n Bildungsreferent-in.
- Der Verwaltungs- und Abrechnungsaufwand muss in einem angemessenen Verhältnis zur fachlich-inhaltlichen Arbeit und der Fördersumme stehen und so gestaltet sein, dass der bürokratische Aufwand für eine einzelne Bildungsmaßnahme so gering ist, dass dieser auch ehrenamtlichen Teamenden zugemutet werden kann; dazu gehört u.a. die Abschaffung der Sachberichte für die einzelnen Bildungsmaßnahmen. Digitale Tools können hier unterstützen, wenn sie mit den genutzten Anwendungen der Verbände harmonisieren; die Daten solcher Tools müssen jedoch den Jugendverbänden gehören. An staatliche Server dürfen nur die Daten weitergeleitet werden, die tatsächlich für die Verwendungsnachweisführung und die Jugendarbeitsstatistik benötigt werden.
- Im Sinne der Entbürokratisierung setzt sich das Land Niedersachsen ferner dafür ein, dass kommunale Förderrichtlinien und Verwendungsnachweismodalitäten vereinheitlicht werden, ohne geltende kommunale Standards zu senken.
- Für die ergänzende Förderung und Initiierung von modellhaften Vorhaben wird das Förderprogramm Generation³ verstetigt.
- Jugendleiter-innen, die Arbeitsbefreiung zu Zwecken der Jugendarbeit und des Jugendsports erhalten, bekommen zukünftig ihren Lohn fortgezahlt. Die Arbeitgeber-innen können sich die Brutto-Kosten für die ausgefallene Arbeitsleistung auf Antrag vom Land Niedersachsen erstatten lassen.
- Für die Teilhabe von jungen Menschen mit Behinderungen an Angeboten und in Gremien der Jugendarbeit stehen zusätzliche Fördermöglichkeiten zur Verfügung, die von den Trägern unbürokratisch abgerufen werden können.
- Um die europäische Idee auch in Niedersachsen zu stärken, müssen die Mittel für europäische und internationale Maßnahmen erhöht werden. Außerdem müssen die Förderungsbedingungen so verändert werden, dass auch Träger, die nach dem KJP gefördert werden, vereinfachten Zugang zu einer Landesförderung erhalten und mehr junge Menschen die Möglichkeit erhalten, an solchen Maßnahmen teilzunehmen.

Die Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. stellt fest, dass die Finanzierung der Jugendverbände zum jetzigen Zeitpunkt nicht ausreichend ist. Eine Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen, die neue Träger in die Förderung aufnimmt oder Ansprüche erhöht, darf nicht zu Lasten anderer Jugendverbände gehen. Das Land Niedersachsen muss hierfür zusätzliche Fördermittel zur Verfügung stellen. Neue gesetzliche Regelungen müssen in enger Abstimmung mit dem Landesjugendring und den Jugendverbänden in Niedersachsen diskutiert werden, bevor sie durch den Nds. Landtag beschlossen werden.

Zudem fordert die Vollversammlung den Niedersächsischen Landtag auf,

- die notwendigen finanziellen Ressourcen für die zukunftsorientierte Förderung der Jugendarbeit bereitzustellen.
- die Fördermittel für verbandlich wirkende Bildungsstätten deutlich zu erhöhen und zusätzliche Mittel für die energetische Sanierung und den barrierefreien Ausbau zur Verfügung zu stellen.

Beschluss der 43. ordentliche Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 07.03.2020

Für Demokratie und gegen rechte Gewalt!

Die im Landesjugendring Niedersachsen e.V. zusammengeschlossenen Jugendverbände positionieren sich klar für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und rechte Einstellungen und Handlungen. Mit unseren Bildungsangeboten setzen wir uns aktiv für Mitbestimmung, politische Teilhabe und Demokratie ein.

Eine gute kontinuierliche politische Bildungsarbeit wirkt präventiv gegen antidemokratisches und rechtsextremes Gedankengut und verhindert ein Ansteigen von Gewalttaten und Hetze mit rechtsextremem Hintergrund. Sie bietet Schutzräume, „Safer Spaces“, und trägt zum Empowerment junger Menschen, insbesondere auch solchen, die von Diskriminierungserfahrungen betroffen sind, bei. Zudem braucht es Unterstützung für einen Ausstieg aus dieser Gedanken-, Haltungs- oder sogar Gewaltspirale.

Das Thema „Rechte Gewalt“ geht uns alle an und wir müssen gemeinsam gegen rechte Gewalt in all ihren Facetten handeln!

Daher fordert der Landesjugendring Niedersachsen e.V. die Niedersächsische Landesregierung, mit all ihren Ministerien dazu auf:

- sich verstärkt mit jungen Menschen und deren politischen Forderungen auseinanderzusetzen; durch regelmäßige Begegnungen „auf Augenhöhe“ zwischen Politiker-inne-n, Jugendlichen und deren Interessenvertretungen.

1 Was ist rechte Gewalt?

Rechte Gewalt basiert auf der Abwertung und Ablehnung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen. Sie richtet sich gegen Gruppen, die dem rechten Feindbild entsprechen: Geflüchtete, Migrant-inn-en, Sinti und Roma, jüdische Menschen, muslimische Menschen, politische Gegner-innen, Menschen mit Behinderung, LSBTIQ*-Personen, Schwarze, Punks, linke Jugendliche, Obdachlose und weitere Personen-Gruppen, die nicht in rechte Weltbilder passen. Rechte Gewalt hat viele Erscheinungsformen: Das können körperliche Angriffe bis hin zu Tötung sein, aber auch Demütigungen, Bedrohungen, Beleidigungen, Anfeindungen im Alltag oder verbale Attacken im Internet. Der Anlass, warum Rechte Gewalt ausgeübt wird, ist beinahe nie ein persönlicher Konflikt zwischen Täter-in und Opfer. Der Grund für die Gewalt ist, dass ein Mensch in die Gruppe der Feindbilder passt, die von Rechts definiert wird. Die durch die Gewalt transportierte Botschaft richtet sich damit nicht nur gegen die direkt betroffene Person, sondern auch gegen die vermeintliche Gruppe insgesamt. Daher kann bei Rechter Gewalt auch von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gesprochen werden (d.h. einer ganzen Menschengruppe feindlich gegenüberzutreten, aufgrund bestimmter Merkmale, wie zum Beispiel Religion, Hautfarbe, sexueller Orientierung oder sozialem Status). Nicht immer wird Rechte Gewalt von Neonazis oder offenen Rassist-inn-en ausgeübt, sondern häufig auch von Personen, die sich selbst nicht dem rechten Spektrum zuordnen.

Die Grundlage für unsere Definition von Rechter Gewalt bildet die Definition von „soloport - Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt solidarisch beraten und unterstützen“ / Quelle: soloport.de/beratung/was-ist-rechte-gewalt

- langfristige Förderprogramme sowie verlässliche Förderung der Regelaufgaben der Jugendarbeit in der Fläche zu realisieren, um die Jugendverbände in die Lage zu versetzen, präventiv zu wirken und ihren Bildungsauftrag gerade im Hinblick auf diese Thematik zu erfüllen.
- bestehende Strukturen und Netzwerke, wie z.B. (mobile) Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Anlaufstellen für Betroffene von rechter Gewalt in all ihren Facetten, sind kontinuierlich und auskömmlich zu fördern.
- die Vernetzung bisheriger und zukünftiger Projekte, Institutionen, Fachberatungsstellen und weiterer Akteur-inn-e-n untereinander stärker zu fördern und zu unterstützen.
- sich für eine intensive Aufklärung und kritische Auseinandersetzung von Jugendlichen über die Erscheinungsformen, Ideologien, Organisationsstrukturen und Strategien rechtsextremer Parteien einzusetzen und Organisationen gegen Rechts starkzumachen. Dazu bedarf es auch einer Berücksichtigung dieses Themas in der Qualifizierung der pädagogischen Fachkräfte in Jugendarbeit und Schule.
- die notwendige Qualifizierung und Weiterbildung für Hauptamtliche in der Jugendarbeit zur Präventions- und Umgangsarbeit mit rechter Gewalt strukturell und finanziell zu ermöglichen.
- medienpädagogische Ansätze zum Umgang mit rechtsextremen Inhalten sowie sogenannten „Fake-News“ im Internet stärker zu fördern.
- sich für den Ausbau des Lehrbereichs der politischen Bildung in pädagogischen Studiengängen (wie zum Beispiel Lehramt, soziale Arbeit und Sozialpädagogik) starkzumachen.
- Unterstützungsangebote für Jugendliche auszubauen und zu fördern. Dies meint sowohl die kontinuierliche Förderung von Präventionsangeboten der politischen Bildung als auch eine Strukturförderung von Ausstiegsprogrammen.
- die Rahmenbedingungen des Aufwachsens junger Menschen in Niedersachsen zu verbessern und so die Entwicklung von positiven Lebensperspektiven junger Menschen zu unterstützen. Dazu gehören zum Beispiel verstärkte Anstrengungen gegen Kinder- und Jugendarmut und die Jugendarbeitslosigkeit. Wenn die demokratischen Parteien die Sorgen und Lebenslagen junger Menschen ernst nehmen und auf diese wirklich eingehen, wird deutlich, dass scheinbare Alternativen der rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen die falsche Antwort sind.
- sich konsequent für eine Verfolgung rechter Straftaten und eine lückenlose Aufklärung rechter Gewalttaten einzusetzen und diese auch als solche einzustufen, um einer Bagatellisierung rechter Gewalt vorzubeugen.

Beschluss der 43. ordentliche Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 07.03.2020

Zusammen zu den Sternen - die europapolitischen Forderungen des Landesjugendrings Niedersachsen!

Die europäische Politik und ihre Auswirkungen haben insbesondere für junge Menschen und ihre Lebensrealität eine hohe Bedeutung. Auch in Niedersachsen beschäftigen sich viele junge Menschen mit europäischer Politik. Sie artikulieren ihre Ideen und Bedürfnisse beispielsweise durch Demonstrationen gegen Uploadfilter oder von Fridays for Future oder der Seebrücke. Und sie diskutieren europäische Themen ebenso in den Angeboten der Jugendarbeit. Die im Landesjugendring Niedersachsen e.V. zusammengeschlossenen Jugendverbände bewegen das Thema Europa zudem gemeinschaftlich im Rahmen der Kampagne „neXVote - Zusammen zu den Sternen“.

In diesem Zusammenhang fordert der Landesjugendring Niedersachsen von insbesondere den niedersächsischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP):

Die europäische Union muss Verantwortung in der Klimafrage und im Umweltschutz übernehmen!

Wir fordern die Abgeordneten des EP auf, nachhaltig und mit vollem Engagement die Klimakrise zu bekämpfen! Die junge Generation muss sich darauf verlassen können, dass alles dafür getan wird, dass ihre Zukunft nicht weiter gefährdet wird. Die europäische Union muss daher auch global Verantwortung übernehmen, da die Klimakrise die Zukunft aller jungen Menschen gefährdet und soziale Ungleichheiten voraussichtlich weiter verstärkt. Dafür müssen die bereits bestehenden Vereinbarungen und Ziele eingehalten und schnellstmöglich umgesetzt werden.

Außerdem sollen erneuerbare Energien stärker ausgebaut werden und dies soll auch gefördert werden.

Wir fordern des Weiteren einen verstärkten Umweltschutz, beispielsweise in Fragen der Müllvermeidung oder im Artenschutz. Auch im Bereich Verkehr gilt es, die Mobilität so zu gestalten, dass das Klima nicht durch fossile Brennstoffe belastet wird, und den öffentlichen Nah- und Fernverkehr auszubauen und attraktiv zu gestalten.

Mehr echte Beteiligung von jungen Menschen auf europäischer Ebene!

Wir fordern die Abgeordneten des EP auf, sich dafür einzusetzen, das Wahlalter für die Wahlen zum europäischen Parlament auf 14 Jahre zu senken. Damit schließt sich der Landesjugendring Niedersachsen e.V. der Forderung des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) an¹.

Außerdem fordern wir ebenfalls die Einführung eines Jugend-Checks auf europäischer Ebene. Mit diesem Instrument sollen alle politischen Regelungsvorhaben, z.B. Richtlinien, auf ihre Relevanz und Auswirkungen auf junge Menschen hin überprüft werden und, je nach Ausgang der Prüfung, entsprechend junge Menschen oder ihre Interessenvertretungen beteiligt werden.

¹ Siehe die Position des DBJR „Europa braucht uns - Wir brauchen Europa“, beschlossen 2018, unter www.dbjr.de/artikel/europa-braucht-uns-wir-brauchen-europa.

Kinder und Jugendliche müssen darüber hinaus beteiligt werden, wenn es um strukturelle Maßnahmen vor Ort, beispielsweise auf kommunaler/regionaler Ebene, geht. Dafür sollten sich sowohl die Abgeordneten des EP einsetzen als auch die lokalen Akteur-inn-e-n und Entscheidungsträger-innen aus Politik und Verwaltung. Aber auch die EU kann hierzu ihren Beitrag leisten. Beispielsweise, indem in Förderprogrammen der EU die Berücksichtigung der Interessen junger Menschen und deren Beteiligung stärker verankert wird.

Politische und administrative Prozesse in der Europäischen Union dauern oftmals sehr lange und sind bürokratisch. Junge Menschen, die sich europapolitisch oder für die europäische Idee engagieren, beispielsweise durch das Organisieren von Jugendaustauschen, werden dadurch abgeschreckt und in ihrem Engagement behindert. Insbesondere in jugendpolitischen und jugendarbeiterischen Angelegenheiten fordern wir daher eine Optimierung der Prozesse.

Vielfalt und Solidarität leben und fördern!

Die europäische Union und die Lebenswelten der jungen Menschen in dieser Gesellschaft sind vielfältig. Um die verschiedenen Lebenswelten kennenzulernen und einen Austausch zu fördern, müssen internationale Begegnungen mit europäischen Mitteln verlässlich gefördert werden.

Minderheiten und benachteiligte Gruppen gilt es zu unterstützen und vor Angriffen zu schützen. Wir fordern ein entschlossenes Eintreten der politischen Akteur-inn-e-n der EU gegen rechtsextremistische Strömungen und Gruppen innerhalb der EU und die Unterstützung beispielsweise durch finanzielle Förderung von demokratischen, zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Dies gilt nicht nur für Menschen innerhalb der EU, sondern auch für die europäischen Außengrenzen. Seenotrettung muss europäisch und solidarisch organisiert und finanziert werden. Dafür müssen private Seenotrettungsinitiativen entkriminalisiert werden und zusätzlich muss wieder eine europäische Seenotrettung eingeführt werden. Auch hier schließen wir uns dem DBJR an: „Abschottung ist keine politische Option.“ [2]. Wir fordern die Abgeordneten im EP daher auf, sich dringend dafür einzusetzen, die Situation zu verbessern, ebenso wie die Situation der Menschen, die nach Europa geflüchtet sind und nun teilweise in menschenunwürdigen Lagern leben.

Freiheitsgedanken stärken, nicht einschränken!

Junge Menschen von heute kennen die Europäische Union glücklicherweise nur als eine Region ohne Krieg und Grenzen. Sie profitieren von der europäischen Freiheit und nutzen die Möglichkeiten der Mobilität selbstverständlich – und sie nutzen nicht nur die physische Freiheit, sondern auch die digitale Freiheit und die Meinungsfreiheit. Diese Freiheiten wurden durch Upload-Filter und das neue europäische Leistungsschutzrecht eingeschränkt. Der Landesjugendring fordert von den Abgeordneten des EP kurzfristig eine kritische Evaluation der europarechtlichen Regelungen und eine Nachbesserung des Gesetzes, in der die kritischen Äußerungen auch vieler junger Menschen ernst genommen werden.

Auf allen Ebenen europäisch denken und handeln!

Die europäische Idee von Solidarität, Frieden, offenen Grenzen und Demokratie muss auf allen politischen Ebenen gelebt werden. Deshalb fordern wir die Niedersächsische Landesregierung und die Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages auf, sich, solange es keine solidarische und faire Verteilung für geflüchtete Menschen innerhalb der EU gibt, dafür einzusetzen, geflüchtete Personen aufzunehmen, um so die Situation in den Ländern mit einer EU-Außengrenze und den sogenannten Flüchtlingscamps zu entlasten und den Menschen eine Perspektive zu bieten. Für den LJR hat dies insbesondere deswegen eine hohe Relevanz, da nach wie vor in den Camps viele Minderjährige und junge Menschen untergebracht sind. Gerade geflüchtete Kinder und Jugendliche brauchen unsere Solidarität und Unterstützung und dürfen nicht vergessen werden³.

2 DBJR „Europa braucht uns – Wir brauchen Europa“ www.dbjr.de/artikel/europa-braucht-uns-wir-brauchen-europa S.9

3 Siehe zur Situation von jungen Geflüchteten in Niedersachsen auch den Beschluss des LJR „Schutz von jungen Geflüchteten“, 2019.Schutz von Geflüchteten und Einhaltung der Menschenrechte an den EU-Außengrenzen

Beschluss der 43. ordentliche Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 07.03.2020

Nachhaltiger Landesjugendring: ökologisch - fair - jetzt

Die Vollversammlung des Landesjugendringes verpflichtet den Vorstand des Landesjugendringes mit dem Konzept „Nachhaltiger Landesjugendring“ (im fortlaufenden Text „wir“), die in ihrer Verantwortung stattfindenden Veranstaltungen (Maßnahmen, Kampagnen, Projekte und Arbeitsgruppen,...) und ihr Handeln auf die folgenden konkreten ökologischen¹ und fairen² Kriterien hin zu überprüfen und diese umzusetzen.

Gleichzeitig hat jeder Mitgliedsverband die Möglichkeit, das Handeln im Alltag und im eigenen Verband kritisch zu hinterfragen. Je nach finanziellen, materiellen und personalen Ressourcen können die Mitgliedsverbände ihre Arbeit so gestalten, dass auch dort ökologische und faire Aspekte Schritt für Schritt verankert werden.

Das Konzept „Nachhaltiger Landesjugendring“

Ökologische Kriterien

1. Verwendung von Mehrweggeschirr: Bei der Durchführung von Veranstaltungen werden wir auf Einweggeschirr verzichten, stattdessen wird Mehrweggeschirr verwendet.
2. Energiesparmaßnahmen: Wir achten auf einen angemessenen Umgang mit Ressourcen, insbesondere darauf, dass die Laufzeit unserer Geräte durch das Ausschalten bei Nichtgebrauch reduziert wird. Empfohlenen Energiesparmaßnahmen wird gefolgt.
3. Regionale/saisonale und/oder Bioprodukte: Wir kaufen bevorzugt regionale und saisonale und/oder Bioprodukte.
4. Papierverbrauch und Nutzung: Wir vermeiden Papier. Sollte es nicht möglich sein, Papier einzusparen, nutzen wir Recyclingpapier, das mit einem entsprechenden, zertifizierten Umweltsiegel wie z. B. „Blauer Engel“ versehen ist.
5. Ökostrom: Wir beziehen Ökostrom oder werben bei der bzw. dem Inhaber-in unserer Räumlichkeiten dafür, Ökostrom zu nutzen.

¹ Definition ökologische Nachhaltigkeit: Ökologische Nachhaltigkeit beschreibt den weitsichtigen und rücksichtsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen. <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/oekologische-nachhaltigkeit-53450/version-276539>

² Dabei beziehen wir uns auf die Fairhandels-Definition der internationalen Dachorganisationen des Fairen Handels FLO e.V., WFTO und EFTA: „Fairer Handel ist eine Handelspartnerschaft, die auf Dialog, Transparenz und Respekt beruht und nach mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel strebt. Durch bessere Handelsbedingungen und die Sicherung sozialer Rechte für benachteiligte Produzent-inn-en und Arbeiter-innen – insbesondere in den Ländern des Südens – leistet der Faire Handel einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung. Fair-Handels-Organisationen engagieren sich (gemeinsam mit Verbraucher-inne-n) für die Unterstützung der Produzent-inn-en, die Bewusstseinsbildung sowie die Kampagnenarbeit zur Veränderung der Regeln und der Praxis des konventionellen Welthandels.“ http://www.fairtrade.de/cms/media//pdf/was_ist_fairer_handel/fairtrade_Definition_des_fairen_Handels.pdf

6. **Mobilität:** Wir bevorzugen die Nutzung des öffentlichen Personenverkehrs oder die Fortbewegung zu Fuß oder mit dem Fahrrad. Ist das nicht möglich, versuchen wir mit dem Auto sinnvolle Fahrgemeinschaften zu bilden. Hierfür bieten wir eine geeignete Plattform an, um Fahrgemeinschaften zu bilden. Für Veranstaltungen werden bevorzugt Orte gewählt, die mit dem öffentlichen Personenverkehr zu erreichen sind.
7. **Werbemittel:** Wir beziehen Werbemittel nach Bedarf und stellen sicher, dass diese sinnvoll und notwendig sind.
8. **Fleischkonsum:** Wir als Landesjugendring reflektieren und hinterfragen unseren Fleischkonsum kritisch. Bei unseren Veranstaltungen gibt es vegetarische und vegane Alternativen.
9. **Neuanschaffung technischer Geräte:** Technische Geräte sollten so lange wie möglich genutzt werden. Falls sie nicht mehr repariert werden können, prüfen wir bei Neuanschaffung, ob alternativ gebrauchte oder faire Geräte gekauft werden können, um so Ressourcen zu sparen.
10. **Mülltrennung:** In der Geschäftsstelle des Landesjugendrings achten wir auf korrekte Mülltrennung und kümmern uns ggf. um die Anschaffung verschiedener Tonnen. Im Rahmen von Veranstaltungen wird auf korrekte Mülltrennung geachtet. Ebenso wird bei den Vermieter-inne-n der Räumlichkeiten für eine solche geworben.

Faire Kriterien:

11. **Faire Verköstigung/Bewirtung:** Wir bieten pro Veranstaltung, bei der eine Verköstigung und/oder Bewirtung stattfindet, mindestens zwei faire, bevorzugt regionale Produkte an. Insbesondere Produkte der Firma Nestlé werden weder gekauft noch verwendet. Begründete Ausnahmen können gemacht werden, wenn wir uns z.B. in einem Tagungshaus befinden. Bei der Auswahl der Häuser wird darauf geachtet, ob sie faire, bevorzugt regionale Produkte verwenden. Falls dies nicht der Fall ist, werden die Bildungshäuser angeregt, in Zukunft darauf zu achten.
12. **Faire Geschenke:** Wir verschenken überwiegend fair gehandelte Produkte. Hierfür eignen sich z.B. Präsente wie Kaffee, Schmuck, Dekoration und Blumen.
13. **Werbeartikel:** Wir beziehen unsere Werbeartikel aus fairem und/oder nachhaltigem Handel. Zudem verpflichten wir uns dazu, zu überprüfen, wie Werbemittel verschickt werden, und erarbeiten ein System, um sicherzustellen, dass nur ein angemessenes Maß an Werbemitteln verschickt wird.

Umsetzung und Verbreitung

Wir verpflichten uns zur Umsetzung der oben genannten Kriterien. Außerdem verpflichten wir uns dazu, mindestens eine Veranstaltung im Jahr durchzuführen, die zumindest zum Teil über diese Thematik aufklärt.

Der Vorstand des Landesjugendrings Niedersachsen geht hier mit gutem Beispiel voran bei allen Veranstaltungen, die sie veranstalten und/oder verantworten. Durch das Handeln des Landesjugendrings Niedersachsen, das durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit begleitet wird, werden die Mitgliedsverbände dazu motiviert, ihr Handeln ebenfalls zu überprüfen und Fairer Jugendverband zu werden. Der Landesjugendring Niedersachsen unterstützt die Verbände in ihrem Anliegen, selbst fairer und nachhaltiger zu werden. Die Mitgliedsverbände, die sich schon länger mit dem Thema beschäftigen, sollen als Expertinn-en hinzugezogen werden.

Zur Nachverfolgbarkeit der Bemühungen berichtet der Landesjugendring in Zukunft im Rechenschaftsbericht darüber, welche Änderungen vorgenommen wurden. Als ersten Schritt soll der Landesjugendring Niedersachsen auf der Vollversammlung 2021 seine bisher umgesetzten und geplanten Maßnahmen gesondert vorstellen. Dieser Antrag versteht sich auch als Arbeitsauftrag für den Fachvorstand Ökologie und Nachhaltigkeit, die Antragsinhalte voranzubringen.

Beschluss der 43. ordentliche Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 07.03.2020

Tariftreue ermöglichen, auskömmlich fördern!

Die Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. fordert das Niedersächsische Sozialministerium auf, die Zuschüsse von institutionell geförderten Trägern der Kinder- und Jugendhilfe so anzupassen und zu dynamisieren, dass diese tariftreu bezahlen, ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen und ihre gesellschaftliche Funktion wahrnehmen können.

Die Mitgliedsverbände des Landesjugendrings fordern daher, dass das Sozialministerium seiner Förderverpflichtung, die sich aus der institutionellen Förderung, dem Subsidiaritätsprinzip und dem SGB VIII ergibt, nachkommt, den Zuschuss für die Arbeit des Landesjugendrings daher jährlich an die Tarif- und allgemeine Kostensteigerung anpasst.

Beschluss der 43. ordentliche Vollversammlung des Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 07.03.2020

Schutz von Geflüchteten und Einhaltung der Menschenrechte an den EU- Außengrenzen

Wir, die im Landesjugendring Niedersachsen organisierten Jugendverbände, verurteilen das menschenverachtende Vorgehen an den europäischen Außengrenzen, besonders die aktuellen Ereignisse an der griechisch-türkischen Grenze.

Nicht nur, dass die Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen ausharren müssen; Menschen werden als Druckmittel benutzt, um internationale Verträge neu auszuhandeln. Darunter befinden sich auch viele Kinder und Jugendliche, die wie auch die erwachsenen Geflüchteten teils lebenslange Traumata davontragen. Diesen Menschen wird ein Leben nach Art.1 des deutschen Grundgesetzes und Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) verwehrt. Die völker- und rechtsstaatlichen Verpflichtungen Schutzsuchenden gegenüber werden nicht eingehalten.

Unsere Jugendverbände stehen allen jungen Menschen offen und wir leben tagtäglich ein friedliches und respektvolles Miteinander. Die aktuellen Geschehnisse und Völkerrechtsbrüche widersprechen vollkommen unserer Haltung im Landesjugendring und den Verbänden sowie unserer gelebten Realität.

Wir unterstützen die Bemühungen der niedersächsischen Landesregierung:

- Menschen aus griechischen Lagern und der EU-Außengrenze in freie Aufnahmeeinrichtungen zu evakuieren.

Wir fordern die niedersächsische Landesregierung und alle niedersächsischen Bundestags- und Europaabgeordneten auf, alle rechtlichen Verpflichtungen zu benutzen, um die humanitäre Katastrophe an den europäischen Außengrenzen und deren Lagern für Geflüchteten umgehend zu beenden.